

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-seitige Zeitung 1,30 Mk. von am 1. März 1921. — Die 4-seitige Wochenzeitung 5.— Mk. von am 1. März 1921. — Bei Wiederholung Abonnement bis 1. März 1921. — Postkontanto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2390.

Nr. 167

Mittwoch, den 20. Juli 1921

12. Jahrgang

England dringt auf beschleunigte Regelung der oberschlesischen Frage.

Zunehmende Spannung zwischen England und Frankreich.

England gegen weitere Truppenversendungen nach Oberschlesien.

London, 19. Juli. „Daily Express“ versichert, von zuständiger Seite gehört zu haben, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die oberschlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich rundweg, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe.

Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ sagt, die englische Regierung habe noch keine Stellung zur oberschlesischen Note genommen. Nach der Enquete, die er angestellt habe, scheine das foreign office der Ansicht zu sein, daß die augenblickliche Lage die Entsendung von Verstärkungen, die die französische Regierung vorschlägt, nicht rechtfertige. Ohne daß das Londoner Kabinett seinen Vorschlag zugunsten einer sofortigen Regelung der oberschlesischen Frage aufgeben wolle, scheine es keineswegs die Absicht zu sein, auch nur eine Brigade nach Oberschlesien zu entsenden. — Der „Matin“ schreibt, daß die englische Antwort über Oberschlesien nach heute in Paris eintreffen werde, und daß man erst dann sagen könne, wann der Oberste Rat zusammentreten werde. Ein französischer, der Schweiz benachbarter Bezirk könnte als Ort dafür in Frage kommen, da Lloyd George sich ja im August in der Schweiz aufhalten wolle und die italienischen Delegierten auch leicht dahin kommen könnten. „Matin“ bestätigt übrigens durch seinen Londoner Korrespondenten, daß die britischen Behörden nicht geneigt seien, ihre Truppenmacht in Oberschlesien zu verstärken, da die Tatsachen, auf die Ministerpräsident Briand in seiner Note angepielt habe, nicht mit den optimistischen Berichten der englischen Vertreter übereinstimmen, die der englische Kommissar in Oppeln erhalten habe.

Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“, der über die starke Verstärkung berichtet, die die französische Note im foreign office hervorgerufen habe, teilt u. a. mit: In amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchen, um sich eine Rechtfertigung für die Befehle des Kurland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß es das Beste sei, das amerikanische Beispiel zu befolgen und sich von allen kontinentalen Angelegenheiten zurückzuziehen.

London, 19. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Nach offizieller britischer Auffassung sei ein Aufschub der Festschließung der Grenze Oberschlesiens und der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein nicht angängig. Das einzige Mittel, die beiden Parteien zu verhindern, einander an die Kehle zu springen und die Alliierten in ihren Konflikt hineinzuziehen, sei noch der Ansicht der britischen Autoritäten die unverzügliche Regelung der oberschlesischen Frage.

Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt: Die britische Regierung werde dem Drängen der französischen Regierung wegen Entsendung weiterer Truppen nach Oberschlesien schwerlich stattgeben.

Paris, 19. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß über die Entsendung einer vollen französischen Division zur Verstärkung des französischen Kontingents in Oberschlesien in einer Kabinettsitzung entschieden werden würde. Man erfahre indessen, daß Frankreich auf alle Fälle seine Truppen in Oberschlesien verstärken werde, gleichgültig, ob zu gleicher Zeit die englischen und italienischen Streitkräfte verstärkt würden oder nicht.

Paris, 19. Juli. In seinem heutigen Leitartikel bespricht der „Lemps“ die oberschlesische Frage und erklärt, eine Lösung, die Deutschland ganz Oberschlesien zuspräche, wäre unvereinbar mit dem Friedensvertrag, mit den Ansichten aller alliierten Regierungen und mit der Aufrechterhaltung des Friedens. Man habe zu prüfen, ob man das Industriegebiet Oberschlesiens teilen wolle, oder ob man es während 10 oder 20 Jahren beispielsweise unter der Verwaltung einer von den Alliierten und assoziierten Großmächten eingesetzten Autorität lassen wolle. Der „Lemps“ erklärt, er sei nur für die Gerechtigkeit und wünsche aufrichtig, daß sie gleich sei für die Deutschen wie für die Polen.

Kopenhagen, 19. Juli. „Politiken“ beschäftigt sich mit der oberschlesischen Frage und verurteilt den Standpunkt der französischen Regierung. Das Blatt schreibt: Obwohl alle anerkennen, daß der Zustand in Oberschlesien unerträglich ist

und daß es Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen interessiert, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt und seinen Verpflichtungen nachkommen kann, bestrebe zurzeit die größte Aussicht dafür, daß der französische Verschiebungspunkt siegt, und daß die oberschlesische Frage erst im Herbst ihre Entscheidung finden werde.

Das amerikanische Programm für die Abrüstungskonferenz.

Paris, 19. Juli. Wie dem „Newport Herald“ aus Washington gemeldet wird, hat das Staatsdepartement in großen Zügen den Standpunkt der Vereinigten Staaten zum Programm der Abrüstungskonferenz wie folgt angebeutet: 1. Die Vereinigten Staaten bereiten selbst kein Programm vor und erwarten, daß die Konferenz sich darüber selbst schlüssig werde. Mit ihrer Einladung verfolgten sie nur das allgemeine Ziel. 2. Sie rechnen darauf, daß die Mächte sich vor dem Zusammenritt der Konferenz auf diplomatischem Wege über die zu beratenden Fragen einig würden. 3. Jede beteiligte Macht könne im voraus gewiß sein, daß sie durch ihre Zustimmung zur Beratung eines besonderen Gegenstandes nicht auf ihr Recht verzichte, später die Beschlüsse der Konferenz zu billigen oder abzulehnen. 4. Die Vereinigten Staaten suchen den Einfluß einer Anzahl von Problemen auf das Programm der Konferenz zu verhindern, die mit dem Zwecke der Konferenz nichts gemein hätten und ihren Erfolg in Frage stellen könnten.

London, 19. Juli. Der Newporter Korrespondent der „Westminster Gazette“ erklärt, von zuständiger Seite erfahren zu haben, Präsident Harding sei einer Einbeziehung der Frage der Philippinen in die Besprechung der Abrüstungskonferenz nicht abgeneigt.

Harding will dadurch ein gewisses Zugeständnis an Japan machen, das an den ihm benachbarten Philippinen stark interessiert ist und ohnehin, wie aus der nachfolgenden Meldung hervorgeht, der Einladung nach Washington mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersteht. Lediglich gehört die Frage der Philippinen ja auch zu den Problemen des Stillen Ozeans, die auf der Washingtoner Konferenz gleichfalls besprochen und geregelt werden sollen. Es heißt, daß die Unabhängigkeit der Philippinen davon abhängig sein solle, ob die Mächte sich bereit finden werden, ihre territoriale Unverletzlichkeit zu garantieren. Bekanntlich sind diese Inseln nach dem spanisch-amerikanischen Kriege vor etwa 25 Jahren aus spanischem Besitz in den Amerikaner übergegangen.

London, 19. Juli. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Tokio besteht in Japan die Auffassung, daß das Land in der Frage der Washingtoner Abrüstungskonferenz einer Krise ersten Ranges gegenüberstehe. In dem Lager der Konferenzgegner seien besonders Mitglieder der Diplomatie zu finden, denen auf der andern Seite eine starke liberale Gruppe gegenüberstehe.

Die polnischen Banditen noch immer in Tätigkeit.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Breslau, haben in den letzten Tagen in einzelnen Gegenden des Kreises Bielitz wiederum Schieberien der Insurgenten stattgefunden. In Pelskreischam richtete eine polnische Bande mit Handgranaten bedeutenden Schaden an Gebäuden an.

Einer weiteren Bittermeldung aus Oberschlesien zufolge sind die Leichen des Anwalts Wogener aus Glatz und des Polizeiwachmeisters Richter aus Rybnik und des Gerichtsaktuars Seidel aus Kattow aufgefunden worden. Seidel und Richter waren aus einem Buge, der unter dem Schutze der internationalen Kommission nach Kattow fuhr, von den Insurgenten herausgeholt und erschossen worden. Die Verletzungen der Leichen, die im Buge verpackt aufgefunden wurden, deuten darauf hin, daß die drei Deutschen von den Insurgenten in bestialischer Weise zu Tode gemartert worden sind.

Beworftete allgemeine Bewegung infolge der Brotpreiserhöhung in Deutschland.

Der „Vorwärts“ deutet auf eine bevorstehende Lohnbewegung im Zusammenhang mit der Brotpreiserhöhung hin. Das Blatt schreibt: Der Arbeiter, der Beamte, die Angehörigen des kleinen Mittelstandes, sie können diese Mehrerausgabe nicht leisten. Eine fünfköpfige Familie soll in Zukunft im Jahre nur bei Marktenot 520 Mark mehr zahlen als jetzt. Dem Arbeiter wird nichts anderes übrig bleiben als mit allen Mitteln, die ihm seine Organisation in die Hand gibt, den Lohn in die Höhe zu treiben. — Nach den Mitteilungen einer Berliner Kollektrationskommission werden zwischen den Arbeitgebern und den Arbeiter- und Angestelltenverbänden in den nächsten Tagen in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen stattfinden, um einen Ausgleich für die bevorstehende Verteuerung des Brotes zu schaffen.

Bekaufter Journalismus.

„Auf die Dauer aber wird eine Nation doch nur die Presse haben, die sie verdient, und ihren Ruin selbst verhalten, wenn sie eine vergiftete Presse dauernd erträgt.“
A. G. H. v. Schaeffle.

Im vergangenen Jahre erschien in den Vereinigten Staaten Amerikas ein Buch des bekannten amerikanischen Sozialisten Upton Sinclair: „The Brass Check“, zu Deutsch: „Der Sündenlohn“. Das hochaktuelle Buch wurde von der amerikanischen Presse vollständig totgeschwiegen, was allerdings nicht verhindern konnte, daß das Buch Sinclairs in vielen hunderttausenden Exemplaren reißenden Absatz fand. Der Wiener Professor Dr. Singer, der ehemalige Herausgeber der Wiener Tageszeitung „Die Zeit“, überfachte Sinclairs Werk ins Deutsche und schrieb dazu eine längere Einleitung — und, merkwürdig, auch die deutsche Presse erwähnte Sinclairs Buch und die gute Uebersetzung des Wiener Professors nicht! Haben wir drüber der unerhörte Versuch, ein glänzend geschriebenes Buch eines hervorragenden sozialistischen Journalisten zu boykottieren, dem deutschen und amerikanischen Journalismus von der Existenz des Sinclairschen Buches keine Mitteilung zu machen!

Warum? Das Buch Sinclairs geht mit ungründlicher Schärfe mit der amerikanischen Presse zu Gericht; jedes Blatt des Buches ist eine wichtige Anklage jenes anrüchigen Geschäftsjournalismus, der für Geld zu jeder feigsten Schandtat bereit ist, der sich an jedem Tag des Jahres für klingenden Lohn dazu mißbrauchen läßt, gegen seine eigene Ueberzeugung zu schreiben, der seine Feder wahllos jenen Interessen zur Verfügung stellt, in deren Solde er schreibt. Die Boykottierung Sinclairs durch die amerikanische und die deutsche Presse ist ein Eingeständnis jener tiefen Schandtat, die Sinclair der käuflichen Presse vorhält, sie ist ein Beweis für die ungeheure moralische Bestenmung jenes Geschäftsjournalismus, der glaubt, mit seiner Latschweigezackel der Öffentlichkeit die wohlgeleitete Charakterisierung moderner Journalismusfitten vorenthalten zu können!

Aus den früheren Büchern unseres amerikanischen Parteifreundes („Der Sumpf“ und „König Rohle“) weiß das deutsche Lesepublikum, daß Sinclair bei seinen Schilderungen nie ganz aus der Phantasie schöpft, sondern stets bestrebt war, auf konkreten Tatsachen beruhende Darstellungen zu geben. Das neue Sinclairsche Buch enthält nur Tatsachen, — um so wichtiger wirkt die Kritik, die Sinclair an der amerikanischen Presse übt. Es wäre jedoch verkehrt, anzunehmen, daß das, was Sinclair bekämpft, nur drüben im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zu finden sei. Wenn jetzt die Uebersetzung des Sinclairschen Buches in Deutschland und Oesterreich von der gesamten Presse — mit Ausnahme der sozialistischen Blätter, die durch die Sinclairsche Kritik nicht getroffen werden —, systematisch totgeschwiegen wird, dann offenbart sich in diesem Schweigen, wie wir bereits vorher geschrieben, das Schuldbekenntnis bürgerlicher Journalistik. „Es gibt nichts Verächtlicheres, als eine feile Feder“, schrieb der verstorbene Zentrumsjournalist Julius Bachem von Jahren einmal in seinen Aphorismen zur Journalistik. Und doch sind die feilen Federn auch bei uns so zahlreich, daß es möglich sein kann, ein Buch vollkommen zu ignorieren, das den Kampf gegen diese käuflichen Federn so entschieden führt! Die öffentliche Meinung ist leider auch in Deutschland genau wie drüben in Amerika für einen Teil der Presse zu einem Handelsobjekt geworden, mit dem der Besitzer der Zeitungen ebenso Handel treiben, wie andere Gewerbetreibende mit Heringen und Kartoffeln handeln!

Was drüben in den Vereinigten Staaten der Finanzmann und Milliardär Hearst, was in England der schwerkreiche Lord Northcliffe tut, das tut in Deutschland Scherl, und das tut gegenwärtig mit großem Erfolge Hugo Stinnes: Zeitungen werden aufgekauft, um sich damit die Beherrschung der öffentlichen Meinung zu sichern! Die Schmökler, denen die reaktionelle Zeitung dieser Blätter anvertraut ist, können ja schreiben rechts und können schreiben links; sie halten eben mit dem, der sie am besten bezahlt! Uebrigens — weiß die Hochfinanz auch ohne direkten Kauf der Zeitung die reaktionelle Haltung der bürgerlichen Presse zu beschaffen? Nicht umsonst sind während des Weltkrieges zahlreiche große Blätter Deutschlands plötzlich wie auf Kommando für die Annexionspolitik der deutschen Vaterlandspartei eingetreten; die Kassenbücher der Verleger dieser Zeitungen können Auskunft darüber geben, wie erkenntlich sich die Großindustrie für diese Wahrung ihrer Interessen damals gezeigt hat. Nicht die Interessen der Allgemeinheit sind es mehr, um die in den Spalten dieser „Organe der öffentlichen Meinung“ gekämpft wird, sondern die geschäftlichen Interessen des Verlegers bestimmen den Redakteur dieser Blätter ihre Artikel, diese Geschäftsinteressen lassen nicht zu, daß eine freie, unbeeinflusste öffentliche Meinung in den Spalten dieser Presse zum Ausdruck kommt!

Es wäre ungerecht, wollten wir verschweigen, daß sich in den Reihen des bürgerlichen Journalismus teilweise harter

Widerstand gegen diese Entwicklung, die konsequent zu der völligen wirtschaftlichen Abhängigkeit der bürgerlichen Redakteure von den finanziellen Interessen ihrer Verleger führen wird, bemerkbar macht. In der Julinummer des Organs des Reichsverbandes der deutschen Presse wendet sich ein Düsseldorf-er bürgerlicher Redakteur mit folgenden Worten gegen die bürgerlichen Verleger:

Die Stellung des Redakteurs zu untersuchen, sie aber abzuwägen zu einem Beschlusse, den Verleger zum Vertreter des geistigen Inhalts des Blattes — Bürgerliche nicht vor dem Gesetz, wohl aber vor dem Volke und der Öffentlichkeit zu machen, ist seit im Jahre das Ziel des „Zentralorgans“ (Blatt der Verleger, D. Red.) gewesen. Die geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit des bürgerlichen Redakteurs ist ein hohes öffentliches Gut, eine Angelegenheit des bürgerlichen Volkes.

Das ist zwar schon gesagt; wir möchten jedoch, daß die bürgerlichen Kollegen nicht in der Lage sein werden, sich jene geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erkämpfen, die Voraussetzung einer unbeeinträchtigten Redaktionsstätigkeit ist. Der Geldhunger eines Hugo Stinnes ist mächtiger als der Wille anständiger deutscher Redakteure, und die Zensurierung des Sinclair'schen Buches durch die deutsche Presse zeigt ja bereits, wie weit die Korruptionierung der bürgerlichen deutschen Presse heute schon gediehen ist.

Die sozialistische Presse darf von sich mit Recht sagen, daß sie einen Gesellschaftsjournalismus, wie er in den vorstehenden Zeilen gezeichnet wurde, nicht kennt. Der Verleger des sozialistischen Blattes kennt keine Privatinteressen, sein Blatt ist das Blatt seiner Partei; er ist, ebenso wie der Redakteur seines Blattes, durch das Vertrauen seiner Parteigenossen auf seinen Posten gestellt worden. Der sozialistische Redakteur vertritt in seinem Blatt, völlig unbeeinträchtigt von dem Verleger, die Interessen seiner Partei und seiner Klassengenossen. Solange er nicht gegen die programmatischen Parteiziele verstoßt, wird keine Parteileitung daran denken, ihn in seiner Tätigkeit zu hindern und zu beeinträchtigen. Die sozialistische Presse hat sich das hohe Gut der geistigen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit bewahrt. Das Bewußtsein, unbeeinträchtigt den Interessen seiner Partei, seiner Klasse zu dienen, steht dem sozialistischen Journalisten so hoch, daß er die Sorgen und Mühen seines Berufs nicht einzutauschen will gegen die goldenen Ketten, die bürgerliche Zeitungsschreiber an die Interessenpolitik großindustrieller Finanzgrößen fesseln.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Steuerfrage des Kanzlers. — Direkte und indirekte Besteuerung. — Reichswirtschaftsrat und Körperschaftsteuer. — Weitere Entwertung der Mark. — Versteuerte Lebenshaltung. — Die Kosten des Existenzminimums. — Existenzminimum und Produktionsleistung.

Mit der Rede, die der Reichskanzler in der vergangenen Woche im Reichswirtschaftsrat und im Reichstage gehalten hat, ist der Kampf um die Finanzreform eingeleitet worden. Zwar hat sich der Reichstag vertagt, und die eigentliche Generaldiskussion über die Steuerfragen wird erst stattfinden, wenn er am 6. September wieder zusammengetreten ist. Aus der öffentlichen Diskussion aber wird die Finanzreform trotz der Ferientage nicht verschwinden, dafür ist sie von allzu großer Bedeutung. Auch arbeitet der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates vorläufig weiter, und es wäre zu wünschen, daß eine gewisse Klärung in den grundlegenden Steuerfragen zustande käme, bevor die politischen Debatten wieder beginnen.

Dazu gehört vor allem, daß in der Reichsregierung selber eine einheitliche Stellungnahme in der brennenden Frage der Belastung des Volkes stattfindet. Für die 100 Milliarden Mark, die an Steuern aufgebracht werden müssen, hat der Reichskanzler Steuerquellen für etwa 80 Milliarden bezeichnet, von denen ungefähr die Hälfte durch den Besitz, die andere Hälfte durch den allgemeinen Verbrauch aufgebracht werden sollen. Zweifellos kann die alte in der Vorkriegszeit so oft gestellte Frage: direkte oder indirekte Steuern, heute nicht mehr mit jener früheren Schärfe gestellt werden; denn nachdem es kaum noch ein steuerfreies Gebiet gibt, stehen diese beiden Steuerarten zu einem großen Teil durch einander. Nichtsdestoweniger muß das Verlangen der großen Volksmassen nach entsprechender Heranziehung der sogenannten Goldrente, für die der Reichskanzler ja auch selber eingetreten ist, als berechtigt bezeichnet werden, und es kommt nur darauf an, wie man es am besten macht.

Es ist bereits bekannt, daß über diese Frage auch innerhalb der Regierung selber noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Während das Reichswirtschaftsministerium in einer Beteiligung des Staates an allen Wirtschaftsunternehmungen den besten Weg zur Heranziehung der Goldrente sieht, steht das Finanzministerium vorläufig noch auf einem ganz anderen Standpunkt. Wie man das bereits aus der Rede des Reichskanzlers entnehmen konnte, steht das Finanzministerium in der sogenannten Vereinfachung des Reichsnotopfers die beste Form der Heranziehung des Geldes, wenn auch die Beteiligung des Reiches, die man sich in der milderen Form der Abkehrung von Gemeinlichkeiten denkt, nicht etwa schiedsweg abgelehnt wird.

In dieser Frage wäre Raum für ein erspriechliches Wirken des Reichswirtschaftsrates, der bereits in einer anderen Angelegenheit ein gutes Vorbild gewesen ist. Er hat nämlich bei der Körperschaftsteuer ein einstimmig erarbeitetes Gutachten abgegeben, das dahin geht, die Körperschaftsteuer an der Quelle zu erheben. Das heißt also, daß ein ziemlich hoher Prozentsatz des gesamten Gewinnüberschusses der Gesellschaften als Körperschaftsteuer in die Reichskassen fließt; vielleich wäre es möglich, daß über die Frage der Einkommensteuer, die zweifellos am besten durch die Beteiligung des Reiches gelöst werden kann, ebenso eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Reichswirtschaftsrat zustande kommt wie bei der Körperschaftsteuer. Denn die Unternehmer werden schließlich einsehen müssen, daß der Kapitalprofit und die verschiedenen Arten der Renten nicht mehr auf ihrem alten Stand erhalten und die ganzen Lasten nicht mehr auf das Produkt abgewälzt werden können. Ein recht beträchtlicher Teil von Kapitalprofit und Kapitalrenten muß auf dem Steueraltar des Vaterlandes geopfert werden, und es würde von der allgrößten Bedeutung sein, wenn der Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreffen über diese Frage ein gleichsinniges Gutachten des Reichswirtschaftsrates vorbringe.

Angewiesen hat sich die Entwertung der deutschen Mark weiter fortgesetzt, an manchen Tagen sank sie um für den Dollar in New York über 70 deutsche Mark zu zahlen. Man kann nicht damit rechnen, daß sich eine wesentliche Besserung in dieser Richtung einstellt, da die neuen Steuern sich in höheren Warenpreisen und höheren Löhnen bemerkbar machen werden, was einer weiteren Verschlechterung der deutschen Mark gleichkommt. Um so mehr muß es bedauern sein, daß Dr. Wirth in seiner Steuerrede sagte, daß der jetzige Marketat nur ein Übergangszustand sei, womit er ausdrücken wollte, daß die deutsche Mark auf den 10. Teil ihres früheren Wertes gesunken wäre. Das ist eine starke Selbsttäuschung, die bei der Berechnung unseres Steuerfußes in Papiermark zu schweren Tragfahnen zu führen vermag. Wenn die deutsche Mark noch die Kaufkraft von 10 Pfennig hätte, so müßte man in New York für 49 bis 45 Mark einen Dollar erstehen können; wir wollen aber froh sein, wenn wir ihn bald wieder für 68 bis 70 Mark kaufen können.

Mit dem Sinken der deutschen Mark hängt es zusammen, daß sich die Lebenshaltung im Monat Juni wiederum verteuert hat. Auf Grund der im statistischen Reichsanzeiger festgestellten Reichsindexziffern für die Kosten der Lebenshaltung, die berechnet wird für die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung (die Kleidung wird dabei nicht berücksichtigt), ist die Indexziffer um 16 Punkte auf 800 gestiegen. Damit hat die seit Januar festgestellte Abwärtsbewegung der Ausgaben für die wichtigsten Lebensbedürfnisse im Juni wiederum eine Unterbrechung erfahren, und man muß beklagen, daß sie im Laufe dieses Jahres auf den im Januar erreichten Höhepunkt von 924 steigt. Interessant sind auch die Ziffern, die der Direktor des statistischen Amtes in Berlin-Schöneberg, Dr. H. Kuczynski, über das Existenzminimum ermittelt hat. Um das tägliche Existenzminimum beschaffen zu können, war für ein 6 bis 10 jähriges Kind eine Ausgabe von 2187 Pf. gegen 149 Pf. im Juni 1914 nötig; für eine Frau lauten die Ziffern 4304 Pf. gegen 329 Pf. im Juni 1914. Für einen Mann 5545 Pf. gegen 415 Pf. im Juni 1914.

Eine bedeutsame Untersuchung ist von einer amerikanischen Unternehmerorganisation der „Rational Industrial Conference Board“ über die Wirkung des Achtstundentages auf die Produktionsleistung vorgenommen worden. Sie bezieht sich auf 48 Betriebe, insbesondere der Baumwoll-, Woll-, Seiden-, Schuh- und Metallindustrie. Bei der großen Mehrzahl aller Betriebe, nämlich bei 87,2 Prozent ist die Produktion nach Einführung der 48 stündigen Arbeitswoche zurückgegangen; in 8 von 100 Betrieben blieb sie gleich, in 4 von 100 wurde sie etwas höher. Daraus geht hervor, daß eine dauernde Festsetzung auf den Achtstundentag unter allen Umständen der sorgfältigsten Untersuchung bedarf. Wir können nämlich bei den riesengroßen übernommenen Verpflichtungen alles eher ertragen als einen Rückgang der Produktion. Denn aus ihr müssen die Werte geschöpft werden, die wir als Reparationsleistungen abzuführen haben. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß die deutsche Arbeiterschaft grundsätzlich in dieser außerordentlichen Zeit an der Achtstundentagsarbeit festhält. (Wir stimmen mit dieser Voraussetzung des Verfassers keineswegs überein, lassen ihm jedoch das Wort, da seine Ausführungen gewissenhaft durchdacht sind und seine Schlussfolgerung, wenn auch nur vorläufig, auch von anderen sozialistischen Wirtschaftspolitikern geteilt wird. Die Red.) Worauf es ihr ankommt, ist dieses: Es soll der durch die Arbeit geschaffene Ertrag eine den allgemeinen Interessen entsprechende Verwendung finden, d. h. die etwaige Mehrleistung der Arbeiter soll nicht den Kapitalprofit vermehren, sondern der Allgemeinheit zugute kommen. Wenn eine solche Verteilung des Arbeitsertrages gewährleistet ist, werden die deutschen Arbeiter nicht mehr unter allen Umständen am Achtstundentag festhalten, wenn es sich zeigen sollte, daß die Reparationsleistungen mit ihm nicht zu erfüllen sind.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Jarvis, 18. Juli. Ueber die von Deutschland in Ausführung des Zahlungsplans geleisteten Zahlungen wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht:

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission eine neue Zahlung im Betrage von ungefähr 31 Millionen Goldmark in europäischen Werten geleistet. Die Zahlung wird zur Amortisierung der Reichsschatzwechsel verwendet, die in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes ausgehändigt worden sind. Die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Ausführung des genannten Artikels ist die folgende:

Zahlen in Goldmark:
Tratten auf drei Monate, Ende Mai übergeben 839 578 000
Barzahlungen zur Veranschaulichung der
Milliarde 150 427 000
Gesamtsumme: 1 000 000 000

Deutschland hat bis heute für die Amortisierung der Tratten eine Summe von 114 949 690 Goldmark gezahlt, mit Einschluß der letzten geleisteten Zahlung von 31 Millionen Goldmark, wodurch die Gesamtsumme der Barzahlungen von Monat Mai ab auf 160 427 000 Goldmark + 114 949 690 Goldmark = 275 376 690 Goldmark gebracht wird. Die obigen Zahlungen bleiben eventuell keinen Veränderungen unterworfen.

Außerdem hat die Kriegsausschusskommission jedoch die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung eine abermalige Zahlung von circa 41 Millionen Goldmark in verschiedenen europäischen Werten anbietet.

Die Schließung der deutschen Paktstelle in Warschau.

D. C. Vor einigen Tagen hatte die „Necpospolita“ die Schließung der deutschen Paktstelle in Warschau als deutschen „Vorkrieg“ gegen Polen dargestellt. Im Anschluß an eine Zuschrift des deutschen Geschäftsträgers von Dirsch, die den richtigen Sachverhalt klarstellt, fordert nun das polnische Blatt, daß die polnische Regierung der deutschen Vertretung die notwendigen Räumlichkeiten endlich zur Verfügung stelle. Für

die Schwierigkeiten, die polnischen Bürgern aus der Schließung der deutschen Paktstelle entstanden seien, habe die polnische Regierung als die Verantwortliche zu tragen.

Steuerpläne der Sowjetregierung.

D. C. Im Zusammenhang mit der Legalisierung des Freihandels beabsichtigt die Sowjetregierung die Erhebung verschiedener Handelssteuern; so hat dem sowjetischen Wirtschaftsbildungsblatt „Ekonomicheskaja Schin“ zufolge, die Steuerkommission des Finanzressorts zunächst eine Gewerbesteuer in Aussicht genommen für die Berechtigung Handel und Gewerbe aller Art zu treiben; die Erlaubnisscheine sollen kurzfristig sein und auf ein halbes Jahr, 1 Monat, ja nur auf 1 Tag zum einmaligen Betreten des Marktes lauten. Die Höhe der Steuer schwankt zwischen 60 000 und 600 000 Rubeln. Das Blatt erklärt, daß diese Steuer nicht zu hoch erscheinen könne, wenn man bedenkt, daß z. B. ein Sirahnenverkäufer von Gefrorenem einen täglichen Umsatz von 1 1/2 Millionen Rubel hat! Auch eine Umsatzsteuer von durchschnittlich 3% ist beabsichtigt. Da jedoch der Steuerapparat in der Provinz gänzlich desorganisiert ist, soll die Erhebung der Umsatzsteuer zunächst nur in den großen Zentren durchgeführt werden.

Nach einer Mitteilung der Estländischen Telegraphenagentur machte der Chef der Hauptverwaltung der Sowjetgüter Bogdanow auf dem Moskauer Landwirtschaftskongress die Mitteilung, daß demnächst ein Dekret erlassen werden solle, wonach bis 50% der Sowjetgüter, deren Bewirtschaftung sich in einer schlechteren Lage befindet, als zur Zeit der ehemaligen Besitzer, an Privatunternehmer verpachtet werden sollen.

Der russisch-polnische Handel.

D. C. Die polnische Öffentlichkeit widmet dem Handel mit Sowjetrußland großes Interesse, obwohl die Verhandlungen über den polnisch-russischen Handelsvertrag noch nicht begonnen haben. Inoffiziell teilt der Warschauer Handelsverband mit, daß die Zufuhr von Waren nach den Grenzpunkten, die für den künftigen Handelsverkehr in Frage kämen, schon angefangen habe. Der Schmuggel über den Grenzfluß Sbrucz hat bereits einen beträchtlichen Umfang angenommen und geht, wie die polnische Presse offen zugibt, unter reger Beteiligung des polnischen und sowjetrussischen Grenzschutzes vor sich. Aus Sowjetrußland nach Polen werden Gold, Wäffelme und fremde Wäffelme eingeführt. Als Verkäufer treten hierbei vornehmlich Agenten der außerordentlichen Kommissionen auf, welche konfiszierbare Wertgegenstände nach dem Auslande verschicken. Die polnische Mark wird dabei gern in Zahlung genommen, da bei der ländlichen Bevölkerung der Grenzgebiete Nachfrage danach besteht. Der Kurs ist schwankend und beträgt 15 bis 20 Mark für 1000 Sowjetrubel. Die polnische Grenze ist überdies zu einem Wallfahrtsort für die ländliche Bevölkerung selbst aus entlegenen Gebieten der Sowjet-Ukraine geworden, die Erzeugnisse der Landwirtschaft und Weinwand mitbringen, um sie gegen Naphthaprodukte, Salz, Nadeln, Garn, Glas und Metallwaren einzutauschen.

Das sterbende Rußland.

Durch die Blätter geht die Nachricht, daß eine Hungersnot von riesenhaftem Umfang (es sollen etwa 20 Millionen Menschen von ihr betroffen sein) in Rußland ausgebrochen sei. Maxim Gorki hat an den deutschen Dichter Gerhart Hauptmann und an den französischen Dichter Anatole France einen dringenden telegraphischen Hilferuf gerichtet, der an die Humanität der Völker Europas und Amerikas appelliert und um Brot sowie Medikamente bittet. Auch wenn man mit dem Bolschewistenregime sachlich keinerlei Berührungspunkte hat, wird man von dieser Nachricht aufs tiefste erschüttert sein und wünschen müssen, daß die zivilisierte Welt sich zusammenschließt, um das fürchterliche Sterben zu verhindern, von dem die von der Hungersnot besonders betroffenen Gebiete bedroht sind. Es wird berichtet, daß aus diesen Gouvernements, in denen eine außergewöhnliche Trockenheit die ganze Ernte vernichtet und die fruchtbare Erde gespalten haben soll, wie man es auf Glogoczern sieht, die Menschen nach allen Seiten hin die Flucht ergreifen. Aber auch auf dieser Flucht werden die meisten zugrunde gehen müssen, da es im ganzen Rußland kein Gebiet mehr gibt, das über reichliche Nahrungsmittel verfügt. Hier aber stößt man auf die große Schuld des Sowjetregimes. Denn Hungersnöte hat es auch früher in Rußland gegeben, aber man war doch stets in der Lage, sich gegenseitig einigermassen auszuheilen, und aus den Gebieten mit guter Ernte die bedrohten Teile des Landes mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das ist heute unmöglich geworden, weil durch die Sowjet Herrschaft die Bauernrußlands in Verhältnisse hineingedrängt worden sind, unter denen sie nur wenig mehr als das produzieren, was sie selber gebrauchen. Fürchtet man es, daß nun eine Katastrophe eintritt, mit deren Möglichkeit gute Kenner Rußlands schon lange gerechnet haben, und daß vielleicht Millionen Menschen zugrunde gehen müssen, weil die Verbrennen des Krieges und der Nachkriegszeit eines der fruchtbarsten und zukunftsreichsten Länder des Erdballs in einen Zustand verfehl haben, der zum Himmel schreit. Das deutsche Volk, das selber in bedrängter Lage ist, wird den schwerleidenden russischen Menschen nicht viel Hilfe bringen können. Was es aber zu tun in der Lage ist, muß es schnell tun. Die von Gorki so dringend geforderten Medikamente kann Deutschland in großen Mengen hinüberschicken. Und die übrigen Länder der Erde, z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Australien, sind in der Lage, von ihren Getreideüberschüssen, mit denen sie nicht wissen wohin, so viel nach Rußland zu senden, daß das allergrößtmögliche verhütet wird. Die Hauptsache ist, daß die Hilfe schnell kommt. Denn die Verkehrsverhältnisse in Rußland sind, wie man weiß, herabgerückt, das selbst allerhöchste Hilfe es nicht fertigbringen wird, so rechtzeitig am Platze zu sein, daß Hunger und Krankheit nur geringe Verluste anrichten werden. Man wird in jedem Falle darauf gefaßt sein müssen, daß sehr viele Menschen der Hungerkatastrophe zum Opfer fallen. Es ist die Pflicht aller Kulturenationen, dafür zu sorgen, daß ihre Zahl auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt.

Der Entwurf zum deutschen Parteiprogramm.

Das Parteiprogramm.

II.

Finanzen.

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailles Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- u. Erbschaftsteuern, wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des wachsenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Verlastung jedes verschwenderten Heberverbrauchs, daneben progressive Gewerbesteuererhöhung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Gewerbesteuern, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerlässliche Forderungen zu betrachten.

Verfassung und Verwaltung.

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Veranlichung aller Volkangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungsorganen gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Übertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungsorganen auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberste Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufskundliche Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Kommunalpolitik.

I. Gemeinverfassung und Gemeindeverwaltung.

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertretersystems für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindeverwaltung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Voten an die Gemeindevertreter. Strafflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunalverbände und Vereinigung von Leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Übertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur

Verwaltung in eigener Zuständigkeit. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Befestigung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Gemeindeaufgaben.

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Entlohnung von Stellen an den Einnahmen der Reichsteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Rücksicht für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wohnungsbau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Schulwesen.

Selbstverwaltung der Schullagenangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Wirtschaftsbetriebe.

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Sozialpolitik.

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weltgehende Volkswachen für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechts.

Inbesondere fordern wir:

a) Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.

b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährlichen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.

c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche.

g) Verzählung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienst- oder Werkwohnung Unabhängigkeit des Mietvertrags vom Arbeitsverhältnis.

h) Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.

4. Errichtung von Reichs- und Bezirksarbeits- und lokalen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Erzeugern der Arbeitsbeschäftigung, Erwerbslosen, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Umgestaltung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Begriffs Betrieb' unvoll auf die Berufsarbeiten und alle sonstigen beruflichen Beschäftigungen.

Ausbau des vorbestehenden Heilversfahrens und der Einrichtungen zur Linderung von Krankheiten und Unfällen.

Allgemeine Mutterkinderfürsorge und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sozialer Leistungen.

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamten-gemeinschaften als wirtschaftliche Interessengruppen. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Beschäftigung.

Danziger Nachrichten.

Wohnungsbau und Bureauhausbau.

Zus Mietverträgen wird uns geschrieben: Durch das Wohnungsabgabengesetz ist die Möglichkeit geschaffen worden, neue Wohnungen zu errichten. Das Wohnungswesen ist groß. Es kommt immer stärker zu Zusammenstößen zwischen Mietern und Hausbesitzern. Auch unter den Mietern selbst entstehen Streitigkeiten. Wegen den Willen der Hausbesitzer und unter Anwendung von Gewalt versuchen oftmals Mieter, sogar nachts, in eine Wohnung einzugehen. Oft geschieht dies mit Umgehung der Behörden, dann aber im Einverständnis mit den Hauswirten.

Das Wohnungsabgabengesetz vermag diese Aufgaben nicht zu lösen, es bezweckt vielmehr, daß die Finken zur Lösung einer bestimmten Bauformate aufgebracht werden.

Fortgesetzt entsteht ein Kampf zwischen Hausbesitzern und Mietern, und die Schaffung von Bureau- und Geschäftsräumen einerseits und Wohnräumen andererseits, wobei die betreffenden Behörden ergebnislos dagegen ankämpfen. Das Kapital sucht den Widerstand durch höhere Zahlungen zu brechen, nur um Geschäftsräume zu erhalten. Die Hochzinsen bei den Geschäftsräumen beseitigt und dürfen hier zehnmalige Mietern geboten und verlangt werden.

Es fehlen ja in Danzig Geschäftsräume. Die geringen Mittel des Wohnungsabgabengesetzes müssen für Wohnungsbau verwendet werden. Für den Bureauhausbau müssen andere Mittel beschafft werden, die vom Privatkapital zu entnehmen sind. Es heißt ja, daß das Kapitale schon versucht wurde, aber an dem Willen der Behörden scheiterte.

Der Bau eines großen Bureauhauses in Danzig würde dem ganzen Freistaat von Nutzen sein. Die betreffenden Firmen, die dort einziehen würden, brauchen dann keine Wucherzinsen zahlen und die Befürchtung, daß weitere Wohnungen für Bureau- und Geschäftsräume umgebaut würden, beständen nicht mehr.

Es wurde seinerzeit viel von einer City-Bildung in Danzig gesprochen, wobei namentlich die Longgasse und der Rangenmarkt ausschließlich für Geschäftshäuser in Betracht kämen. Man wollte alle hier alle Wohnräume verbannen. (Anmerk. d. Red.: Ist schon in erhöhtem Maßstab geschehen.) Mit Recht befürchtet man, daß die betreffenden Häuser ganz gewaltig in Preise steigen. Durch Errichtung eines Bureauhauses können viele Geschäftsräume zusammengelegt werden. Dieses Projekt ist billiger auszuführen, als wie der Umbau von verschiedenen Wohnhäusern.

Was das Stadtbild anbelangt, so haben unsere Neubauten für b. h. ö. b. l. i. c. h. e. und geschäftliche Zwecke vorbildliches gezeitigt.

In den Mieterversammlungen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß man das ausländische Kapital zum Bauen heranziehen sollte. Dies beim Bau eines Bureauhauses zu tun, dürfte keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen.

Es sollte der private Unternehmungsgeist und das private Kapital an die Aufgabe herangeführt, zunächst das erste Bureauhaus in Danzig zu errichten. Man darf erwarten, daß der Senat diesem Streben keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird, da er bereits selber im Volksstadium den Bau von Bureauhäusern angelegt hat.

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

Die folgende Viertelstunde gestaltete sich höchst peinlich für den Umwärtler des Wagenkontrollpostens. Draußen in der Dunkelheit stand es dem Bergbauern und Alce Stone frei sich ganz ihrer Wut hinzugeben. Sie überschütteten Gal mit Schimpfungen, schrien ihn, verfluchten ihm die Kehle. Einer der Männer, die seine Handgelenke umklammert hatten, drehte ihm den Arm um, bis er der Schmerz aufschrie; dann beschimpften sie ihn noch ärger und befahlen ihm, zu schweigen. Nach und nach ging es die dunkle, schweigende Straße entlang, durch das Bureau des Bergbauernmanns, in den Raum, der im Nord-Tal als Gefängnis diente. Gal war herzlich froh, als man ihn hier allein ließ und die schwere, eiserne Tür zuschlug.

Das Ganze war eine dumme und primitive List gewesen, so recht für das Verständnis jener berechnet, für die sie ausgedacht worden war. Wäre er nicht zufällig wach gelegen, so hätte man das Geld bei ihm gefunden und am nächsten Morgen hätte die ganze Kohlengrube gewußt, daß er gefaßt sei. Freilich hätten seine persönlichen Freunde und die Mitglieder des Komitees es niemals geglaubt; allein die Masse der Arbeiter wäre davon überzeugt gewesen und darauf hätte auch Tom Olsons Besuch im Nord-Tal seinen Zweck verfehlt. Durch alle späteren Erlebnisse blieb Gal dieser Vorfall lebhaft im Gedächtnis; er diente ihm als Symbol für gar vieles. Genau wie die Herren verflucht hatten, ihn schlecht zu machen, so sah er sie später die ganze Arbeiterbewegung schlecht machen, die Intelligenz des ganzen Landes täuschen.

Nun sah Gal im Gefängnis. Er trat ans Fenster und probierte die Eisenstangen, doch waren die gemacht, um derlei Proben auszuhalten. Dann tauchte er sich im Finsternen durch den Raum, untersuchte sein Gefängnis und erkannte, daß es aus einem, in ein Zimmer eingelassenen, eisernen Käfig bestand. Zu der einen Ecke befand sich eine Bank, in der anderen ebenfalls, nur war diese etwas breiter und mit einer Matratze bedeckt. Gal hatte früher etwas über Gefängnisse gelesen — er beschloß dieser Matratze aus dem Wege zu gehen, setzte sich auf die harte Bank und dachte nach.

Es ist Tatsache, daß es eine besondere Gefängnispsychologie gibt: genau wie der Umstand des ewig gebeugten Rückens in einer fünf Fuß hohen Ober- und der von Kohlenbrechen wunden Händen eine besondere Psychologie ausgestaltet; dann gibt es noch eine dritte, die jenen eigen ist, die, von der Arbeit der Kohlenbergleute erhalten, ein Wohlleben führen. Das erste Gefühl im Gefängnis ist, daß man ein Tier sei; die tierische Seite der Menschennatur tritt besonders stark zum Vorschein; die tierischen Leidenschaften, Haß und Angst, erreichen ungeheure Dimensionen; bloß durch große geistige Anstrengung kann es gelingen, sie im Zaum zu halten. Ist man ein denkender Mensch, so denkt man im Gefängnis unendlich viel; die Tage sind lang, die Nächte noch länger. — man hat für alle möglichen Gedanken Zeit.

Die Bank war sehr hart, schien allmählich immer härter zu werden; in seiner Lage wollte sie weich erscheinen. Gal erhob sich, schritt auf und ab, legte sich dann eine Weile nieder und schritt dann abermals auf und ab. Die ganze Zeit dachte er angestrengt nach und die ganze Zeit überlegte die Gefängnispsychologie tiefer und tiefer in seinen Geist ein.

Zuerst bedachte er die naheliegendste Frage. Was würden sie mit ihm anfangen? Das allerwichtigste war, sie würden ihn aus dem Bergwerk hinauswerfen und darauf ein für alle Mal mit ihm fertig werden. Würde dies jedoch ihrer Wut genügen? Gal hatte berge von einer amerikanischen Institution gehört, die die „dritte Sektion“ hieß; doch war ihm niemals eingefallen, daß diese in seinem Leben eine Rolle spielen könnte. Seltsam, mit was für anderen Augen er dies nun ansah!

Gal hatte Tom Olson mitgeteilt, daß er ihm nicht versprechen könne, eine Gewerkschaft zu organisieren, wohl aber verspreche, den Wagenkontrollposten durchzusetzen. Damals hatte Olson gelächelt, — und anscheinend beide Dinge für gleichbedeutend gehalten. Und nun schien es fast, als hätte Olson wohl gemerkt, was er sagte. Denn urplötzlich war Gal Angst vor der Tyrannei der Gewerkschaft und ihrer Delegaten wie ausgelöst, mehr noch, er wünschte von Herzen, die Leute im Nord-Tal möchten eine Gewerkschaft organisieren und so tyrannisch sein, wie sie nur konnten! Diese Sinnesänderung teilte Gal, gänzlich unbewußt, mit vielen Weltverbesserern, die als sanfte, wohlwollende Vertreter irgendeines Gerechtigkeitsaktes beginnen und durch die Werdung der Gefängnispsychologie zu glühenden, entschiedenen Revolutionären werden. „Ewiges Geißel der ungelieferten Seele“ — sagt Byron — „Freiheit, am gewaltigsten bist du in Ketten!“

Und der Dichter fügt noch hinzu: „Wenn deine Söhne im Kerker schmachten, trägt jedes Kindes Mißfall, der Freiheit Rufum ihnen zu.“ Und wie es einst in Chillon geschah, so schien es heute im Nord-Tal zu sein. Der Morgen kam, Gal stand am Fenster, hörte die Pfeife anklingen, sah die Bergleute an ihrer Arbeit gehen, die wertgebeugten, klaffen Gesichter der Unterwelt, die gleich einem Affenzug im schalen Frähschicht vorbeischnitten. Er winkte ihnen zu, sie blieben stehen, starrten zu ihm herauf, winkten wieder. Er wußte, daß jeder dieser Männer über seine Gefangennahme und über die Gründe derselben nachdachte — darauf ließ auch zu ihnen eine Welle der Gefängnispsychologie hinüber. Hatten sie der Gewerkschaft an und für sich, oder der Notwendigkeit einer Gewerkschaft im Nord-Tal mißtraut, so würden um dieses Mißtrauen und jeglicher Zweifel schwinden!

Ein einziger Umstand beunruhigte Gal; weshalb ließen die Aufseher ihn hier, wo ihn jeder sehen konnte; sie hätten ihn doch so leicht in ein Automobil schleppen und nach Petrov bringen können? War es ein Zeichen der Verachtung, die sie für ihre Sklaven empfanden? Rechneten sie damit, daß der Anblick des Gefangenen weit mehr Furcht als Jugrium hervorruft? Und war es nicht möglich, daß sie die Arbeiter viel besser kannten, als Gal? Er erinnerte sich an Mary Burkes Pessimismus und kalte Angst begann an seiner Seele zu zerrn; doch rang er, unter dem Einfluß der Gefängnispsychologie, diese Angst nieder. Er hatte die Gewerkschaft um ihres Pessimismus willen; mit geballten Fäusten und zusammengebissenen Zähnen verlangte es ihn, den Aufsehern eine Lektion zu erteilen, ihnen zu beweisen, daß ihre Arbeiter keine Sklaven, sondern Männer sind!

Im Laufe des Vormittags vernahm Gal Schritte auf dem Korridor, ein unbekannter Mann öffnete die eiserne Tür und stellte einen Krug Wasser und einen Blecheller mit einem Stück Brot hinein. Als er die Zelle verlassen wollte, sagte Gal, „Bitte, einen Augenblick.“

Der andere sah ihn stumm an.

„Können Sie mir nicht sagen, wie lange ich ungefähr hier bleiben muß?“

„Ich kann es nicht“ — erwiderte der Mann.

„Wenn ich schon eingesperrt werde, so habe ich wenigstens das Recht zu wissen, wessen ich angeklagt bin.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Frenstadt, 19. Juli. In der Stadtordnungsung wurde der Haushaltsantrag für die Kammerer-, Schlachthaus- und Gaswerkstoffe mit 894 000 Mark (gegen 494 500 Mark im Vorjahr) in Einnahme und Ausgabe genehmigt. Als Zuschläge zu den Kommunalabgaben sollen erhoben werden: 400% von der Grund-, 700% von der Gebäude-, 800, 800, 1000% von der 4., 3. und 2. Klasse der Gewerbesteuer und 1500% von der Betriebssteuer. Die Hundsteuer soll ganz erheblich erhöht werden. Beabsichtigt wird die Einführung einer Füllsteuer. Zur Beschaffung der allernotwendigsten Feuerlöschapparate wurden vorläufig 30 000 Mark bewilligt. Die Zinslast für städtische Gelde soll der Zeit entsprechend erhöht werden. — Durch Hausammlung und Blumenverkauf

am Abstimmungstage ist für Oberschlesien die städtische Summe von 4608 Mark eingekommen.
Ein Segelboot gekentert. Wie die Blätter aus Swinemünde melden, kenterte gestern am vorletzten Tag der Pommern-See bei der Segelwettbewerb zwischen Heringsdorf und Swinemünde bei dem hohen Seegang ein Segelboot. Von den Insassen sind der Ingenieur Dittmer und die Brüder Harrel sämtlich aus Swinemünde ertrunken. Der Besizer des Bootes Banker Stein wurde von einem Fischerboot gerettet.
Ausstellungen polnischer Insurgenten in Hohenfalsa. Vor einigen Tagen trafen 2000 Insurgenten aus Oberschlesien in Hohenfalsa ein, die hier entwaffnet werden sollten. Die Insurgenten, die teils aus regulären Soldaten, teils aus Freiwilligen bestanden, lehnten jedoch der Entwaffnung Widerstand entgegen, jedoch Gewalt angewendet werden mußte,

wobei auf beiden Seiten Blut lag. Die entlassenen Insurgenten schlossen sich darauf zu Bänden zusammen und zogen plündernd umher. Auch das sind Folgen der ober-schlesischen Aufstände, und es steht sehr zu vermuten, daß sie nicht einzeln bleiben werden.
Überflut an Woll in Argentinien. In der Botchaft des Präsidenten an den argentinischen Kongress wurde nachdrücklich die Erhöhung der Ausfuhr gefordert. Es seien Verhandlungen angeknüpft worden wegen Austausch von dreihundert Millionen Pfund Woll gegen Lokomotiven und Eisenbahnmateriale.
 Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Wolke, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Friedrich Weber, beide in Danzig; für die Interzarte Bruno Gierst in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ein Dohren alte, große, hölzerne Rundbogenfenster vom Umbau „Neues Zeughaus“ Promenade 16, ist gegen schriftliches Angebot zu verkaufen.
 Offerten an Hochbauamt 2, Neugarten 281, Danzig, den 18. Juli 1921. (4707) Der Senat.

Arbeitsamt der Stadt Danzig.
 Wir suchen von sofort:
 Manne für kalte und warme Küche sowie für Kaffeeküche. Persönliche Meldungen während der Dienststunden in unserer Vermittlungsstelle für Gastwirtschaftliche, Altstadt, Graben Nr. 51/52, Zimmer 59.
 Danzig, den 16. Juli 1921. (4706) Arbeitsamt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Am Sonntag, den 31. Juli, findet im Steppschützen Lokal, Schildig, Korthäuser Straße, ein

Sommerfest

statt, bestehend aus Konzert, Gesangsbeiträgen des Gesangsvereins „Sängergruß“, turnerischen Vorführungen der „Freien Turnerschaft“ und Volkstänzen der Arbeiterjugend. Außerdem Kinderbelustigungen, Polonäse u. dergl. mehr.

Anschließend Tanz.
 Beginn nachmittags 3 Uhr.
 Eintritt 2 Mark. Tanz 2 Mark extra.
 Nur für Parteimitglieder! (4708)

Achtung!

Gerichte, Haarschuhe
 trotz hoher Steigerung verkauft noch billig (4681)
Hugo Bröde,
 Mikhal Graben 18.
 Reparaturen an Haarschuhen usw.
 Wassertonne, eichen, gr. Holzwanne, Wringmaschine haben zum Verkauf Mikhal Graben 26 II. 4

Verlangen Sie die „Volkstimme“ in den Gaststätten!

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
 neben der Tabakfabrik von M. A. Hasse.
Prima Wammgarn-Wolle 4
 Laga 50 Gramm . . . 6.50, 6.60, 4.
Vieler Anaben-Anzüge 90
 Reine Wolle mit Zwirnnetze. Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 44/46 an

Hüte

für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt, gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß
 Annahmestelle nur Lawendlgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (4588)

Wanzen und deren Brut

verfügt reichlich zur Kammerlanger Berg's Wollanstalt. Erfolg verbleibend. Kinder, auszuw. Dankschreiben von überall. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Doppelpackung. M. 7.—.
 Erhältlich bei:
 A. Neumann, Drogerie, Langenmarkt 3
 J. Schildt, Franziskanerdrogerie, Kottbuhagergasse 3
 sonst part. von Hermann A. Gressel, Berlin 33, Köpenickerstr. 49. (4661)

Der Atheist

von Ernst Gwert
 Preis 2.50 Mark
 zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht,
 Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Varieté Wintergarten
 Beginn 7.30 Uhr
 Olivaer Tor 10 Telefon 1925
 Direktion: Arthur Löwisch.
Neue Spielfolge!
Laurax und Partner die vornehmsten Kunzpfeifer.
Müller-Schadow-Quartett in seiner Saison: Ein Abend am Rhein. Allabendlich jubelnd begrüßt.
Klein-Familie, d. best. komisch-musikalischen Radfahrer der Welt.
Dichter-Schlacht zwischen den beiden Improvisatoren Paul Förlin und Andrißen Blagut.
„Fifin“ Dressur-Akt.
Dionstmann Nr. 48 d. Glanz. des **Wartenstein-Ensembles**.
 In den vord. Räumen: **Diale u. Bar-Stimmungstänze.**

Bahn-Kranke
 werden sofort kostenlos behandelt ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse, Umarbeitungen, Reparaturen in einigen Tagen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold unter voller Garantie.
 Dankschreiben über kämmerlozes Zahnjucken. Niedrige Kostenberechnung.
 Sprechzeit 8-7, Sonntags 9-12.
Institut für Zahleleidende Pfefferstadt 71
 Telefon 2621. (3346)

KOSMOS
 Gesellschaft der Naturfreunde
 bietet für jedermann einen billigen und guten Lesestoff
Belehrend-Unterhaltend
 Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahrsbeitrag von
 nur M. 7.50 broschiert
 nur M. 9.00 gebunden
 jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller
 Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos. — Probeheft 2.00 Mark.

Moderne Herren-Anzüge
 einzelne Größen zu Verlustpreisen.
 Beachten Sie bitte meine Schaufenster!
Gestrelte Hosen, Sammetbeutel enorm billig.
J. Czerninski, Altstädtischer Graben Nr. 99/97
 Eingang Kleine Mühlgasse. (4670)

Wir empfehlen die vorzügliche **Wabenstein-Karte** vom **Freistaat Danzig**
 Preis 7.20 Mk.
Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Buchdruckerei Volkswacht, J. Gehl & Co., Am Spendhaus 6

Sämtliche **Geschäfts- und Familien-DRUCKSACHEN**
 Massenaufgaben in Rotationsdruck in kürzester Frist

Buchhandlungen: Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32